

Sonnabend/Sonntag, 16./17. November 2013

MOZ

# Offener Brief an IHK-Präsident

## Bürgerinitiative wehrt sich gegen Vorwurf der Kriminalisierung

**Rüdersdorf** (MOZ) Die Bürgerinitiative (BI) Gesund leben am Stenitzsee weist in einem offenen Brief an den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer (IHK), Ulrich Müller, den Vorwurf nach „Kriminalisierung“ zurück. Die BI bezieht sich dabei auf das MOZ-Interview mit dem Rüdersdorfer IHK-Geschäftsstellenleiter Thomas Kühne, veröffentlicht am 2./3. November.

„Wir begleiten den Prozess kritisch ..., aber wir kriminalisieren die Pläne nicht“, sagte Alfred Possin, Sprecher der BI. „In einer Demokratie muss es erlaubt sein, dass sich Bürger in die Diskussion einbringen, ohne gleich von der lokalen Wirtschaftslobby an den Pran-

ger gestellt zu werden“, so Possin weiter. Wer wie Thomas Kühne vom Todesstoß für die Region spräche und in beiden Fällen der Bevölkerung Inakzeptanz vorwerfe, versuche, Ängste zu schüren, die das Ge-

Die Bürgerinitiative fordert von Gemeinde, Landrat und Landesumweltamt, dieses Gutachten in Auftrag zu geben, das neben den aktuellen Schadstoffmessungen auch die Alllasten von Schadstoffen beim Eintrag in die Natur, Boden und Wasser berücksichtigt. Bis zur Klärung aller strittigen Fragen fordert die BI ein Moratorium zur Aussetzung des Erweiterungsantrages des Industriekraftwerkes (IKW) Rüdersdorf der Firma Vattenfall. Dieses hatte im Mai den Ausbau der Abfallverbrennungsanlage beantragt. Dabei geht es u. a. darum, künftig bis zu 20 000 Tonnen mehr zu verbrennen. Zu den bereits genehmigten 30 Abfallschlüsselnummern werden jetzt weitere 20 beantragt.

---

Wenn alles eitel  
Sonnenschein wäre,  
könnte IHK Gutachten  
unterstützen

---

genteil erreichen werden. Wenn das ganze Vorhaben „eitel Sonnenschein“ sei, könne die IHK das von den Bürgern aus der Region vehement eingeforderte humantoxikologische Gutachten unterstützen, sagte Possin.